

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Rieser,
Bernstr. Nr. 20,
Postfach Nr. 32.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonton:
Dresden 1580.
Verleger:
Rieser Nr. 32.

Nr. 227.

Dienstag, 29. September 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwünscht, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtstellige Anzeigenbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigentel: Wilhelm Dittich, Rieser.

„Deutschlands Währung muß unverseht bleiben.“ Eine Reichskanzler-Rede auf der Sparkassen-Tagung. Schluß der Völkerbundsversammlung.

Jubiläumstagung des Deutschen Sparkassenverbandes.

1) Berlin. Die zu der 50jährigen Jubiläumstagung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes zahlreich erschienenen Mitglieder des Verbandes, Geheimen Regierungsrat Dr. Kleiner. Er gab zunächst ein Telegramm des Reichspräsidenten v. Hindenburg bekannt, der zu seinem Bedauern am Erscheinen verhindert war und der Tagung seine herzlichsten Glückwünsche für eine weitere erfolgreiche Tätigkeit der Sparkassen für die deutsche Wirtschaft übermittelt hat. Im besonderen begrüßte er den Reichskanzler Dr. Brüning, zu dessen Erscheinen er betonte, daß zum ersten Mal seit Bestehen des Verbandes der Reichskanzler auf der Tagung der Deutschen Sparkassen anwesend sei. Er hob die Bedeutung der persönlichen Ansprache hervor und gab der Versicherung Ausdruck, daß die Sparkassen auch weiterhin die Politik der Wiederherstellung des Vertrauens in das politische und wirtschaftliche Deutschland mit allen Kräften unterstützen würden.

Das Wort ergriß sodann Reichskanzler Dr. Brüning.

Der unter anderem ausführte:
Die Weltkrise hat Formen angenommen, von denen die breite Öffentlichkeit überrascht und auf das höchste beunruhigt worden ist. Wenn eine Standardwährung der Welt ins Wanken gerät, sind die Folgen nicht abzusehen. Sie greifen unmittelbar oder mittelbar in raschem oder langsamerem Tempo in das Getriebe jeder einzelnen Volkswirtschaft mit tiefen Wirkungen ein. Die Regierungen stehen vor schwerwiegenden Entscheidungen, die möglicherweise die Wirtschaftsentwicklung auf Jahre hinaus festlegen können. Da gilt es, eine klare Linie zu verfolgen und vorläufige Schlüsse zu vermeiden.
Die Währung muß in Deutschland unverseht erhalten bleiben. Kein Volk, das wie das deutsche das fürchtbare Erleben einer solchen Inflation über sich ergehen lassen müßte, wird es erneut ertragen können, wenn in den Zeiten größter Unsicherheit und Angst erneut dem Vertrauen auf den Bestand der Sparvermögen und Rücklagen ein Stoß versetzt würde.

Die Regierung muß darum im Verein mit der Reichsbank alles tun, um die Währung in ihrem Bestande zu schützen.

Gewiß mögen manche Kreise von einer Vermäßerung der Währung neue Impulse für das Wirtschaftsleben erwarten. Sie mögen in ihrer Auffassung durch Beobachtungen bestätigt werden, die sich an die Entwertung des englischen Pfundes anschließen, wobei vornehmlich freilich zu beachten ist, daß solche Vorgänge bald als vorübergehend erkannt werden. In Deutschland aber liegen die Verhältnisse überhaupt anders als im Britischen Reich.

Ein armes Land muß billig sein.

Wenn es gelingt, Anprüche und Preise in dieser Richtung zu orientieren, dann werden auf solider Basis Wirkungen erzielt, wie sie durch eine Verschlechterung des Währungswertes nur vorübergehend möglich wären. Die Anfuhr wird erleichtert, der Inlandsabfall wird sich heben. Der Sparfönn wird neue Anregungen finden.

Einer positiven Förderung der Kapitalbildung durch die Steuerpolitik sind leider unter den gegenwärtigen Verhältnissen enge Grenzen gezogen. Die eingeleiteten Regierunqsmaßnahmen lassen aber erkennen, daß eine jede dem Interesse der Sparer widersprechende Veranlagung zwischen den öffentlichen Finanzen und den Sparkassen ausgeschlossen bleiben soll. Wenn von Zeit zu Zeit Gerüchte auftauchen, daß Sparanhaben beschlagnahmt würden, so sind sie völlig unbegründet.

Nachdem der Kanzler dann auf die Bankkrise, die Notwendigkeit und Vorteile der Bankenaufsicht hingewiesen hatte, fuhr er fort: Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß gerade auf dem empfindlichen Gebiete der Kreditwirtschaft überreile Maßnahmen Verwirrung und Schaden anrichten können. Die Grundlagen der Sparkassen haben sich im allgemeinen als gesund erwiesen. Die Prüfung weiterer Schritte wird sich vor allem darauf erstrecken, ob die Sparkassen gegenüber ihren Garantienehmern selbständiger zu machen sind als bisher und ob ihre Liquidität verbessert wird.

Der rein privatwirtschaftliche Standpunkt wird nicht mehr allein bestimmend sein dürfen für die Richtung, in die der Kapitalstrom fließen muß.

Diese Richtung darf nicht allein abhängen von der Rente, sondern auch von den Erfordernissen größter volkswirtschaft-

licher Ergiebigkeit. So kommt aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen der Kreditverforgung der Mittel- und Kleinwirtschaft große Bedeutung zu. Nach wie vor werden die Sparkassen den Kleinkredit kurzfristiger und langfristiger Art besonders pflegen müssen.

Der Lösung harret auch die gewaltige Aufgabe, die unheilvoll angewachsene kurzfristige Verschuldung der deutschen Wirtschaft gegenüber dem Auslande, aber auch im Inlande selbst, so bei den Kommunen und der Landwirtschaft, auf ein normales Verhältnis zurückzuführen. Dringend und notwendig ist schließlich auch die

Ablehr von gesteigerten Zinssätzen

bei allen Geldinstituten. Wenn die Zinsen in den letzten Monaten weitgehend zwangsläufig stiegen, so wird die Rückkehr auf das Niveau der Jahresmitte als eine erste Etappe anzustreben sein. Die Zusammenarbeit der Gruppen von Banken, Sparkassen und Genossenschaften auf diesem Gebiet werden die Behörden unterstützen. Die deutsche Wirtschaft steht in einem Reinigungsprozeß großen Umfanges. Es wäre falsch und unmöglich, diesen Prozeß aufzuhalten. Aber alles muß geschehen, um Opfer und Kosten der Krise so gering wie möglich zu halten und vorzuführen, daß nach ihrer Beendigung alle Mittel für den Aufbau auf gesunder Grundlage vorhanden sind. Im Kreditgeschäft wird in Zukunft insbesondere auch eine enge Zusammenarbeit der privaten und öffentlichen Bankgruppen notwendig sein. Die Zeit eines ungerneften Nebeneinanderarbeitens wird endgültig vorbei sein. Die Erkenntnis von der unläßlichen Schicksalsgemeinschaft aller Berufsstände und aller Schaffenden muß über die Not der Zeit hinaus Allgemein-gut bleiben.

Darauf machte

Reichsbankpräsident Dr. Luthar

einige grundsätzliche Bemerkungen über die deutsche Währungs- und Kreditpolitik anlässlich der Entwertung des Pfundes. Er wandte sich scharf gegen die Inflationsideen und gegen die Gedankenänge, die im Hinblick auf die Einstellung der Goldbeinlösung durch die Bank von England und die daraus für die englische Wirtschaft sich ergebenden vorübergehenden Vorteile ausgesprochen werden. Für Deutschland gebe es ein besonderes Hindernis, die Goldparität schwinden zu lassen, nämlich die Valutaschulden, da es an das Ausland vornehmlich in Gold, Dollar oder in anderen goldbeständigen Währungen und nur zu einem geringen Teil in Pfunden verschuldet sei. Infolgedessen würde uns in unserer Lage eine Entwertung der Reichsmark keine Erleichterung im Schuldendienst bringen, zumal unsere Auslandsverschuldung in der Gesamtverschuldung die entscheidende Rolle spiele. Mit Rücksicht auf die besondere Lage der deutschen Währung innerhalb des Goldproblems der Welt könne die Stellungnahme Deutschlands nicht davon abhängig gemacht werden, ob nicht andere Länder aus den besonderen Voraussetzungen ihrer Lage heraus ähnliche Schritte wie England tun. Auf keinen Fall sollte man übersehen, daß die englische Lage die Besonderheit besitze, daß möglicherweise infolge Auslaufens der von England gewährten Kredite eine stärkere Pfundnachfrage einsetze.

Die für die Schaffung neuer Währungen gemachten Vorschläge (Roggenmark, Rentenmark, Stenemark, Arbeitsmark usw.) bezeichnete Dr. Luthar als reine Inflationen. Alle diese Projekte gingen darauf aus, neue Zahlungsmittel zu schaffen, ohne sich an den alten Währungsgrundlag zu halten, daß der Zahlungsmittelumsatz nicht über die Grenze hinausgehen dürfe, die sich aus dem Warenumsatz ergebe.

Die Bindung an das Gold gewährte objektiv die Einhaltung dieser Grenze, deren Ueberschreitung Inflation bedeutete. Das Festhalten an der Goldwährung bewahre Deutschland vor unübersehbaren Schwierigkeiten und werde schließlich auch Deutschlands Kredit stärken. Dr. Luthar schloß damit, daß die wichtigste Stütze, die die Reichsbank den Sparkassen und ihren Zellen geben könne, das unverbrüchliche Festhalten an der stabilen Goldwährung sei.

Der preuß. Innenminister Severing bezeichnete es als politische Brennenergiltung allerschlimmster Art, wenn unverantwortliche Gerüchtmacher von einem bevorstehenden Rückgriff des Staates auf die Sparkasseneinlagen sprächen. Solchen Panikmachern werde die preussische Regierung streng auf die Finger und den Mund sehen. In der Tatsache, daß 12 Milliarden A. S. Sparkasseneinlagen bei den deutschen Sparkassen von 18 Millionen Einlegern angelegt worden sind, liege auch die Bekundung des Vertrauens zum Staat,

die staatspolitisch von großem Wert sei. Dieses Vertrauen werde nicht getrübt werden.

In der Versammlung kam es zu einem Zwischenfall, der von dem Berliner kommunistischen Stadtdirektor Lange, der in seiner kommunalpolitischen Stellung auch Mitglied der Girozentrale ist, herbeigeführt wurde. Lange hatte schon bei der Rede des Reichskanzlers wiederholt führende Zwischenrufe gemacht. Als er bei der Rede des Ministers Severing diese Zwischenrufe in verstärkter Form wiederholte und dadurch lebhafteste Entrüstungsbewegungen bei den übrigen Versammlungsteilnehmern hervorrief, wies ihn der Vorsitzende aus dem Saale mit dem Hinweis, daß ein Nichtbefolgen dieser Anweisung den Tatbestand des Hausfriedensbruchs erfüllen würde. Lange verließ darauf mit einer höhnischen Bemerkung den Saal.

Der Weg der Sparkassen durch die Wirtschaftskrise

Der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Geh. Reg.-Rat Dr. Kleiner, sprach über das Thema: „Der Weg der Sparkassen durch die Wirtschaftskrise.“

In der Behandlung der gegenwärtigen Lage der Sparkassen erklärte Dr. Kleiner, die Sparkassen seien die natürlichen Depositenbanken für Deutschland und gewährleisteten durch die strengen Vorschriften für das Anlagegeschäft, die staatliche Aufsicht, eine stetig ausgebaute Verbandsorganisation und schließlich durch die kommunale Stellung ein Höchstmaß an Sicherheit. Sie besäßen vor allem das Vertrauen der Bevölkerung, das die feste Grundlage ihrer gemeinnützigen Arbeit sei. Der 13. Juli, an dessen näheren und weiteren Ursachen die Sparkassen vollkommen unbeteiligt seien, habe sie unversehbar schwer getroffen. Bis Anfang September seien etwa 7,5 Prozent des Gesamtanlagebestandes von Ende Mai d. J. abgezogen worden. Die Sparkassen würden aber mit dem Einfluß aller Kräfte auch jetzt an einen Wiederaufbau gehen. Sie seien durchaus gesund und besäßen die für Deutschland zweckmäßigste Form für die Kapital-sammlung auf breiterer Grundlage.

In der Behandlung der allgemeinen bankwirtschaftlichen Probleme der Gegenwart bezeichnete Dr. Kleiner als einen der wesentlichsten Mängel unserer bisherigen Kreditverfassung, daß die einzelnen Banken isoliert für sich arbeiten und daß auch die Gruppen ganz selten nur den Weg voneinander finden. Das Reich sollte, so erklärte der Redner, seinen Einfluß mit allem Nachdruck dahin geltend machen, daß die verantwortlichen Leiter der privaten und öffentlichen Bankgruppen sich zu regelmäßigen Besprechungen zusammenschließen. Neue Wege der gegenseitigen Rücksichtnahme und freiwilligen Zusammenarbeit seien notwendig. Nur in einem so gebildeten Kreis der Beteiligten könne auch das so wichtige Problem der volkswirtschaftlichen Kapitallenkung gefördert werden. Besonders große Vorlicht sei gegenüber den Projekten einer Zwangsumschuldung am Platze. Reiflos abzulehnen seien alle Pläne einer generellen Schuldensabwertung, sowie alle Projekte, die auf eine Geldentwertungspaganda hinausläufen. Solche Gedankenänge müßten nicht nur die Wirtschaftson auf schwerste erschüttern, sondern sie erweckten auch unerfüllbare Vorstellungen von der Möglichkeit behördlichen Eingreifens in den Wirtschaftskreislauf. Jede Störung oder Einmischung des un-ausschaltbaren Reinigungsprozesses werde mit zu schweren Opfern erkauf. Werde der Gedanke der freiwilligen Zusammenarbeit konsequent zu Ende gedacht, so führe er zur Vernichtung des Schlagwortes von dem naturnotwendigen Kampf zwischen öffentlicher und privater Wirtschaft.

Schlichtungs-Notverordnung.

1) Berlin. Der Reichspräsident hat soeben eine neue Notverordnung „über die Beilegung von Schlichtungsstreitigkeiten im öffentlichen Interesse“ erlassen. Den früheren Anlaß für diese Notverordnung bildet der Ablauf des Lohntarif-Vertrages und des Mehrarbeitsabkommens für den Ruhrbergbau am 30. September. Nach den bisherigen Verhandlungen besteht keine Aussicht auf eine Einigung im Lohnstreit für den Bergbau. Deshalb stellt die neue Notverordnung für die Zeit bis zum 10. Okt. d. J. den Zustand im Schlichtungsweisen wieder her, der bis zum 31. Juli auf Grund der alten Notverordnung bestanden hatte. Der Reichsarbeitsminister wird also wieder ermächtigt, auf Grund eines Beschlusses der Reichsregierung einen von ihm zur Durchführung eines zweiten Schlichtungsverfahrens in derselben Sache bestellten Sonder-schlichter anzuweisen, zur Bildung der Schlichterkammer außer den Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vertretern auch zwei unparteiische Beisitzer zu berufen. Kommt dann kein Mehrheitsbescheidspruch der Kammer zustande, so haben der Schlichter und die beiden Unparteiischen einen Schiedspruch mit Stimmenmehrheit abzugeben.